

Waffen contra Entwicklung

Ein Überblick über neueste Daten im internationalen Waffenhandel

„Der Gedanke, daß nur ein hoher Rüstungsstand Voraussetzung für die Sicherheit sei, ist längst überholt. Diese Illusion schafft nur das Gefühl der Unsicherheit bei den weniger gerüsteten Völkern. Unser Endziel aber muß die Sicherheit für alle sein.“ Diese Sätze stammen nicht etwa aus einer Sitzung der UN-Vollversammlung, sondern aus der Generalausprache der Genfer Abrüstungskonferenz der 64 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes — vom 8. Februar 1932! Vor genau 40 Jahren diskutierte man also bereits über ein Problem, das heute nach wie vor vordringlich erscheint und für das bisher keine Lösung gefunden wurde. Die weniger gerüsteten Völker bemühen sich heute mehr denn je um eine moderne, dem allgemeinen Standard angepaßte Rüstung. Waffen gelten heute als „harte Währung“ in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Aufrüstung der Entwicklungsländer und das allgemeine *Wettrüsten* lassen alle bisherigen Abrüstungsverhandlungen als Attrappe erscheinen.

Englische Waffen für Südafrika, französische Lieferungen an Libyen und gleichzeitige Verweigerung für Israel, Aufrüstung Ägyptens durch die Sowjetunion, zögernde Zusagen der USA an Israel, chinesische Militärhilfe für Pakistan, Waffen und Munition aus der Schweiz und der Bundesrepublik in das Spannungsgebiet Nigeria-Biafra. Diese wenigen Streiflichter machen bereits die große Bedeutung der Rüstungslieferungen speziell für die Länder der Dritten Welt deutlich.

„In den 24 Jahren seit 1945 ereigneten sich fünfundfünfzig Kriege von größerer Ausdehnung, Dauer und Intensität; also erlebte die Menschheit häufiger als alle fünf Monate einen neuen, mit Gewalt ausgetragenen Konflikt, der einen Weltenbrand hätte auslösen können. Zählt man noch Staatsstrieche, die großen Aufstände und die kleineren Ausbrüche unorganisierter Gewalt hinzu, dann hat es in der Nachkriegszeit mehr als dreihundert bewaffnete Auseinandersetzungen mit zum Teil weitreichenden politischen Auswirkungen gegeben — mehr als eine pro Monat.“¹ Vom Frieden der Nachkriegszeit kann man deshalb wohl kaum sprechen. Durch unser Denken in „overkill“-Relationen „übersehen“ wir allzu leicht die Ausmaße und Folgen dieser „kleinen“ Kriege. Wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil sie fast ausschließlich zwischen Entwicklungsländern stattgefunden haben. Von den erwähnten 55 Kriegen von 1945 bis 1969 entfallen 53 auf die Dritte Welt. Die Waffen dagegen stammten fast ebenso ausschließlich aus den Industrienationen. Denn mehr als 120 Länder der Welt sind auf die Waffen aus lediglich 13 Nationen angewiesen (in alphabetischer Reihenfolge: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Volksrepublik China, Frankreich, Großbritannien, Israel, Italien, Kanada, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Sowjetunion, USA).

Die Eskalation der Bewaffnung

Nach dem 2. Weltkrieg hatte sich die Rüstung ganz im Zeichen der *Blockbildung* entwickelt. Das *Gleichgewicht des Schreckens* und atomare Rüstung bestimmten lange Zeit das Bild. Doch durch die wachsende Zahl *souve-*

räner Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika ergaben sich neue Perspektiven. Ohnehin war das Programm einer „Eindämmung des Kommunismus“ mit Hilfe von Waffen fragwürdig geworden. In der Dritten Welt tauchte das Bedürfnis nach einer angemessenen militärischen Ausrüstung für die Zwecke der Abwehr innerer und äußerer Bedrohung auf. Die ehemaligen Kolonialmächte erhielten weitgehend den Zuschlag für diese Programme, und so traten Großbritannien und Frankreich verstärkt auf dem Markt auf. Durch die Bemühungen der Sowjetunion etwa ab 1955 — verstärkt jedoch ab 1961 — änderte sich das Bild erneut. Nun gerieten viele traditionelle Positionen ins Wanken. Der Konkurrenzkampf setzte ein. Die Entwicklungsländer gewannen dadurch größere Bewegungsfreiheit und konnten sich in Ost und West gleichermaßen um die modernste und günstigste Ausrüstung bemühen.

Das „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI) legte Ende des vorigen Jahres erstmals eine umfassende Analyse des Waffenhandels mit der Dritten Welt vor². In mühevoller Kleinarbeit hatte ein Team mehrere Jahre lang alle verfügbaren Daten gesammelt. Sicherlich bleiben auch jetzt noch viele Lücken bestehen, doch stellt diese Untersuchung die zur Zeit beste Dokumentation dar, die bisherige Publikationen ergänzen und korrigieren kann. Das Institut wurde 1966 von der schwedischen Regierung als unabhängige Organisation gegründet. Vorsitzender ist der schwedische Professor *Gunnar Myrdal*. Er war jahrelang Leiter der Europäischen Wirtschaftskommission der UN, ist ein Spezialist für Fragen der Entwicklungsländer und hat seit 1960 an der Universität Stockholm einen Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik. 1970 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Zum Beirat gehört u. a. Erzbischof *Helder Câmara*. Die Arbeit des Institutes ergänzt in ausgezeichneter Weise die Tätigkeit des Londoner „International Institute for Strategic Studies“.

Die wichtigsten Daten der erwähnten SIPRI-Untersuchung lauten: Jährlich werden z. Zt. mehr als 700 Milliarden DM für die Rüstung in der Welt ausgegeben. Vom Gesamtexport der USA sind seit 1962 durchschnittlich 10% Rüstungsgüter, für Frankreich liegt diese Zahl bei 4,5% und für England bei 2,4%. Die schweren Waffen (Flugzeuge, Kriegsschiffe, Panzer, Kanonen), die von 1950 bis 1969 in die Dritte Welt geliefert wurden, stammten zu 87% aus den USA, der Sowjetunion, England und Frankreich; von 1965 bis 1969 stieg dieser Anteil sogar auf über 90%. Weniger als 5% des Waffenhandels wurde über private Händler abgewickelt, ansonsten handelte es sich um den Transfer von Regierung zu Regierung. Die USA stehen bei alledem an der Spitze. Zusammen mit der Sowjetunion leisteten sie ca. zwei Drittel aller Lieferungen, auf England und Frankreich entfallen mehr als 20%. Inzwischen beläuft sich der Wert allein in die Entwicklungsländer exportierten Waffenmaterials auf mehr als 6 Billionen DM. Um 9% wächst jährlich der Waffenimport — also doppelt so schnell wie das durchschnittliche Bruttosozialprodukt der Empfängerländer. Der Ferne Osten (30%), der Nahe Osten (25%) und der Indische Subkontinent (15%) waren die Hauptemp-

fängerregionen. Während das Pro-Kopf-Einkommen in den Ländern der Dritten Welt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nur um jährlich 2% stieg, wuchsen ihre Rüstungsausgaben um 7%. Zwischen 1950 und 1970 stieg der Gesamtwert aller Exporte in Waffen um mehr als 700%. Die Zeitschrift „Jeune Afrique“ (4. 12. 71) nannte diesen Handel „kriminell“, da er lokale Konflikte schüre, den Konkurrenzkampf der Entwicklungsländer untereinander hinsichtlich des besten Waffensystems fördere und damit notwendige Maßnahmen ziviler Art verhindere. Schließlich gerieten die Entwicklungsländer dadurch in Abhängigkeit und würden in Konflikte hineingezogen, mit denen sie an sich nichts zu tun hätten. Militäroligarchien im Dienste des Auslandes oder der besitzenden Klassen würden durch diese Waffen nur gestützt. Dagegen steht die immer wieder zu hörende Versicherung der Industrienationen, sie würden geradezu bedrängt, doch Waffen zu liefern. SIPRI bleibt in dieser Frage weitgehend neutral und versucht, jede Wertung dem Leser zu überlassen. Die beiden Positionen sollen deshalb näher untersucht werden.

Die Politik der Lieferanten

Zwei verschiedene Grundtendenzen herrschen bei der Beurteilung der Motive der waffenliefernden Industrienationen vor. Die eine glaubt an rein *politisch-strategische*, die andere an *wirtschaftlich-technische* Gründe für diesen Bereich der Exportwirtschaft. U. Albrecht bemüht sich in seiner fundierten Arbeit über den Handel mit Waffen³ zu beweisen, daß die Rüstungsexporte „das Ergebnis ökonomischer Entwicklungen, die politische Konsequenzen von Gewicht haben“, sind. Er kann für diese Thesen eine Reihe wichtiger Fakten benennen. In den Direktiven an britische Militärattachés heißt es z. B.: „Seine Aufgabe ist es zu versuchen, die potentielle Nachfrage für Waffen bei der Regierung, bei welcher er akkreditiert ist, zu erforschen und dieser Einzelheiten über die Ausrüstungen, die das Vereinigte Königreich anzubieten hat, zur Kenntnis zu bringen.“ Zusätzlich heißt es in einer Anweisung der britischen Regierung für den von ihr beauftragten Waffenverkäufer: „Er wird im Rahmen der Regierungspolitik dafür sorgen, daß soviel militärische Ausrüstung wie nur möglich ins Ausland verkauft wird, und wird außerdem Untersuchungen anstellen, wie das Interesse potentieller Käufer zu wecken ist.“⁴ Aufschlußreich ist auch, daß der damalige amerikanische Verteidigungsminister McNamara 1961 ein spezielles Büro zur Förderung der Rüstungsverkäufe der USA einsetzte, dessen Leiter 1964 zum „Stellvertretenden Unterstaatssekretär für Verteidigung und internationale Logistikverhandlungen“ aufstieg.⁵

Die Beweggründe für den Waffenhandel scheinen sich nicht nur im Laufe der Zeit, sondern auch von Land zu Land zu unterscheiden. Im übrigen dürfte es schwerfallen, im einzelnen Fall die Motivationen fein auseinanderzuhalten. Die USA und die Sowjetunion haben für den eigenen Rüstungsbedarf bereits solche Industrien entwickelt, daß sie nicht unbedingt eines enorm hohen Exports bedürften, um die ständig steigenden Kosten für die Entwicklung neuer Waffensysteme begleichen zu können. England und Frankreich dagegen machen dies u. a. für ihre Bemühungen um neue Märkte geltend. Angeblich ist z. B. in Frankreich nach dem Kriege die Rüstungsindustrie so sehr ausgebaut worden, daß bei einer

Reduzierung dieses Industriezweiges Hunderttausende arbeitslos würden (vgl. HK, Mai 1971, S. 219). SIPRI weist aber am Beispiel Japans nach, daß Rüstungsindustrie nicht notwendig ist für eine rasche Weiterentwicklung der Industrie und Technologie im allgemeinen oder für die Erhöhung des Lebensstandards. Gerade das *Beispiel Japan* ist in den vergangenen Diskussionen zu leicht übersehen worden. Die Japaner haben es verstanden, ihre Energie und ihr Können für friedliche Zwecke zu nutzen. Dieser Weg wurde ihnen allerdings dadurch erleichtert, daß die Amerikaner ihnen Schutz gewährten.

Gegen die Annahme, das Rüstungsgeschäft werde nur von kommerziellen Gesichtspunkten bestimmt, spricht die Beobachtung, daß sowohl die Russen als auch die Amerikaner in den letzten Jahren ihre Waffen schwerpunktmäßig verteilt haben. Gewiß mußten sie dabei zeitweilig „Enttäuschungen“ erleben, wenn beispielsweise durch einen Militärputsch in Afrika plötzlich die Opposition in den Besitz der Waffen gelangte. Auch die Tatsache, daß sich der Konkurrenzkampf der Anbieter nicht in dem Preissektor, sondern auf dem von den Regierungen subventionierten Bereich politisch-technischen Wettbewerbs abspielt, spricht gegen die These von den maßgeblichen kommerziellen Gründen. Außerdem würden in diesem Falle sicherlich mehr private Waffenhändler eingeschaltet.

„Rüstungsexporte reichen in ihren Wirkungen weit über die kommerzielle Dimension hinaus, sie sind eminent politisch“, heißt es bei H. Haflendorn⁶. In einer ursprünglich als ein Gutachten für den Bensberger Kreis durchgeführten Untersuchung speziell über die Militärhilfe und die Rüstungsexporte der Bundesrepublik kommt die Autorin, der es nicht nur um eine Bestandsaufnahme, sondern auch um Hintergründe und zukünftige Entwicklungen geht, zu diesem realistischen Ergebnis. Schon die Art, in der Waffenlieferungen erfolgen, macht die enge Verflechtung beider Tendenzen deutlich. So vergeben die USA ihre Militärhilfe in Verbindung mit der Entwicklungshilfe, als Wirtschaftsgüter austausch und im Rahmen von Militärpakten. Da 75% der amerikanischen Rüstungsgüterausfuhr im Rahmen des US-Militärhilfeprogramms bezahlt werden, kommt es natürlich auch auf diesem Weg zu einer fast nicht mehr zu durchschauenden Verzahnung von Politik und Wirtschaft.

Albrecht macht einige seiner eigenen Thesen durch ein besonderes Kapitel „Rüstungsexporte und Machtpolitik“ teilweise wieder rückgängig. Er führt einen ganzen Katalog von *Sanktionsmaßnahmen* an, mit deren Hilfe die Waffenlieferanten versuchen, Einfluß zu gewinnen oder zu wahren und Abhängigkeiten zu schaffen. Demnach wird dies u. a. durch restriktive Ersatzteillieferung, Kürzung von Hilfsprogrammen im Bereich der Entwicklungshilfe und durch direkte Einmischung in innere Verhältnisse versucht. So läßt sich zeigen, daß die Ersatzteile zunächst in geringem Maße geliefert werden und so beschaffen sind, daß eine ständige Abhängigkeit vom Lieferland gewährleistet ist. Mit niedrigen Einfuhrpreisen, deren Folgekosten meist weit darüber hinausgehen, steigen fast alle Lieferanten auf den Auslandsmärkten ein. In Form der Mittel für die Entwicklungshilfe behalten sich einige Industrienationen außerdem ständig einen Hebel für Druckausübung bereit.

Auf dem Gebiet der Produktionspolitik scheinen politisch-strategische Ziele vorzuherrschen. Die USA halten

dabei an dem Prinzip fest, in den von ihnen kontrollierten Bereich der Dritten Welt (z. B. Lateinamerika) möglichst nicht die modernsten Waffen zu verkaufen oder zu verschicken. Das hat bereits zu tiefgehenden Auseinandersetzungen geführt, da die lateinamerikanischen Staaten verstärkt versuchen, auf anderen Märkten (besonders in Frankreich) die von ihnen als vordringlich angesehenen modernen Ausrüstungen zu erwerben und damit gleichzeitig die einseitige Abhängigkeit zu umgehen. Die Sowjetunion dagegen macht immer mehr von sich reden, weil sie in der letzten Zeit die modernsten ihr zur Verfügung stehenden Waffengattungen anbietet. Das hat u. a. zur Folge, daß der allgemeine technische Fortschritt des Empfängerlandes oft weit unter dem Niveau dieser hochentwickelten Rüstungsgüter liegt. Diese Diskrepanz mag vordergründige politische Sympathien schaffen, wirkt sich aber spätestens bei der Anwendung der Waffen leicht als Bumerang aus. In bezug auf Altgeräte, d. h. gebrauchte und von den Industrienationen durch neue Waffen ersetzte Rüstungsgüter, zeigen sich die Entwicklungsländer immer unwilliger. Aus finanziellen Gründen schienen sie einige Zeit lang bereit, damit vorliebzunehmen, doch jetzt verlangen sie nach den besten Waffen. Ein wichtiger Grund für die Rüstungsexporte kann nicht übersehen werden: Oftmals wird die Dritte Welt zum *Waffenexperimentierfeld* der Industrienationen, die in „Friedenszeiten“ nur auf diese Weise ihre Neuentwicklungen unter Bedingungen des Ernstfalles ausprobieren können ...

Die Motive der Entwicklungsländer

Allzuleicht verfällt man in den Fehler, die Schuld am Wettrüsten in der Dritten Welt einseitig dem „amerikanischen Imperialismus“ oder einem neuen Kolonialismus zuzuschreiben. Dabei gibt es zunächst leicht erkennbare Gründe für den gestiegenen Waffentransfer in die Entwicklungsländer. An erster Stelle wäre hier ihre Entstehung als souveräne Staaten zu nennen. Automatisch setzte zu diesem Zeitpunkt bei ihnen das Bemühen um eine eigene starke Armee ein. Bis heute kann es sich anscheinend noch *kein* Land der Welt leisten, darauf zu verzichten. Interne und externe Bedrohungen der jungen Staatsgebilde nannte man als Gründe für diese Investitionen. Nicht zu übersehen ist aber auch der Faktor, daß für die meistens nicht einheitlich gewachsenen, inhomogenen Länder der Dritten Welt das Militär als Symbol (und Stütze) der Einheit angesehen wird. Mit dem Hinweis auf die Unzahl von Militärputschen (zwanzig allein in Afrika von Anfang 1963 bis Ende 1969), die sicherlich kein Ausdruck von Stabilität sind, stellen *U. Albrecht* und *B. A. Sommer*⁷ diese Funktion in Frage. Sie glauben, daß gerade die „tatsächliche oder eingebildete Überlegenheit des Militärs ... sein Eingreifen fast unausweichlich“ macht. „Hier zeigt sich, daß im Vorsprung des Militärs an Modernität ein Herd politischer Unstabilität liegt.“ Dieses „aus einem Elitebewußtsein der Armee“ hergeleitete Motiv „führt zu lang dauernden Militärregierungen“⁸.

Andererseits stehen die zivilen Regierungen weitgehend unter dem Zwang, dem Militär die Wünsche nach modernster Ausrüstung zu erfüllen, um bei ihnen nicht in Ungnade zu fallen. Neben dem *Prestigecharakter*, der durch den Vergleich mit dem Nachbarn noch verstärkt wird, spielt aber auch die Angst vor *Subversion* eine große Rolle bei der Aufrüstung. Das Aufkommen vieler Be-

freiungsbewegungen hat nicht nur zu einer neuen politisierten Polarisierung in den Reihen der Waffenlieferanten geführt, sondern auch die Anstrengungen der Regierungen der Entwicklungsländer um Schutz verstärkt. Teilweise hat dies sogar schon zu einer Neubesinnung bei den Waffenkäufen geführt, da für die *Bekämpfung von Guerilleros* ganz andere Waffengattungen erforderlich sind. Alle Statistiken über den Waffenhandel sind gerade an diesem Punkt angreifbar, da sie über den Verkauf leichter Waffen und spezieller Guerillausrüstung fast keine Angaben machen. Auch die Ausbildung zu Spezialisten in dieser Kriegführung, wie sie z. B. von der Volksrepublik China vorgenommen wird, erscheint nicht in den Übersichten. So mag sich der Umfang und Wert der von China gelieferten Waffen noch in Grenzen halten, der Effekt kann doch viel größer sein. Die Relationen verschieben sich durch die Statistiken bei fehlender näherer Erläuterung zu leicht in Richtung auf allzu bekannte Schemata.

Militärhilfe oder Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe, wie sie verschleiern oft genannt wird, gewähren die Industrienationen u. a. deshalb, weil sie angeblich zu einer rascheren Erschließung, ja sogar zu einer Alphabetisierung der Entwicklungsländer beiträgt. Hier hält man das Bild von der Armee als Elite oder gar Schule der Nation aufrecht, ohne zu bedenken, daß dadurch statt des erwarteten Erfolges viel eher die bestehenden *Strukturen der Ungleichheit* in den Entwicklungsländern gestützt werden. Wenn die Militärhilfe wirklich nur für solche Zwecke angewandt wird, dann sollten die Geberländer so ehrlich sein und die Mittel im Rahmen der ohnehin geleisteten technischen Hilfe vergeben.

Zwang zur Rüstung?

Bisher gibt es keine Beweise, daß die Entwicklungsländer von sich aus auf weitere Modernisierung ihrer Streitkräfte verzichtet hätten oder aber von den Waffenlieferanten zur Aufrüstung „gezwungen“ worden sind. Der damalige US-Außenminister *Dean Rusk* erklärte 1965 in einem Interview: „Ich erinnere an die Tatsache, daß in dem Augenblick, als sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen *einstimmig* für Abrüstung aussprach, siebzig ihrer Mitglieder uns (die Vereinigten Staaten) um militärische Hilfe ersuchten.“⁹ Zweimalige Versuche in der UN-Vollversammlung, eine Offenlegung der Rüstungsverkäufe zu erreichen, scheiterten nicht zuletzt an den Gegenstimmen der Länder der Dritten Welt. Auf der Tagesordnung der Konferenz der „Gruppe der 77“ in Lima Ende vorigen Jahres (vgl. HK, Februar 1972, 63 und ds. Heft, 122 ff.) erschien der Punkt Waffenhandel nur am Rande, ähnlich wird es auf der dritten Welt-handelskonferenz sein.

Immer wieder kommt aus den Reihen der Entwicklungsländer der berechtigte Vorwurf, mit den Vorschlägen für eine Eindämmung des Wettrüstens wollten die entwickelten Länder nur ihren Status quo bewahren. Man betrachtet alle Versuche in dieser Richtung als *Diskriminierung*. Sie glauben, darin äußere sich erneut die traditionelle „Arroganz der Macht“. So bleibt das Fazit: „Welche Aussichten hätte ein globaler Nichtverbreitungsvertrag für konventionelle Waffen, ein Gegenstück zu dem vor zwei Jahren abgeschlossenen nuklearen NV-Vertrag? Er wäre nur wirksam, wenn sich sowohl die wichtigsten

Rüstungsproduzenten zur Nichtweitervergabe und die Masse der potentiellen Rüstungskäufer zum Nichterwerb und zur Nichtproduktion verpflichten würden.“¹⁰ SIPRI täuscht über dieses Patt nicht hinweg und stellt die Frage nach der Bedeutung von Waffen, die doch für den Krieg gedacht sind. Schon im Moment, da man sie herstellt oder kauft, muß man sich über ihren Zweck und ihre Gefahr im klaren sein. Diese Kenntnis allein scheint aber nicht für einen Rüstungsstopp auszureichen. Wir können die Entwicklungsländer nicht als unfriedlich hinstellen, während wir sie aufrüsten und — was noch schlimmer ist — unsere Rüstungen gleichzeitig ebenfalls unaufhörlich ausdehnen. Wenig überzeugend wirkt auch die Argumentation, „Kritik an der Vergabe von Militärhilfe auf Grund pazifistischer oder traditionell-liberaler Ablehnung von Militär überhaupt“ wirke „nur verschleiern, da sie von der Grundproblematik der Entwicklungshilfe ablenkt“¹¹. Zu offensichtlich geht es hier um ein Alibi für die Bewaffnung von Befreiungsorganisationen, Pazifismus wird zum Schimpfwort. Alle bis-

herigen Vorschläge (auch die der Kirchen) bewegen sich zu sehr im theoretischen Bereich. Der Teufelskreis der Rüstung konnte damit bisher noch nicht durchtrennt werden. Der Kampf gegen die Waffen steht noch aus.

Norbert Sommer

¹ G. Thayer, War Business. Geschäfte mit Waffen und Krieg, Hoffmann und Campe, Hamburg 1970.

² The Arms Trade with the Third World, Almquist & Wiksell, Stockholm/Humanities Press, New York 1971.

³ U. Albrecht, Der Handel mit Waffen, Carl Hanser Verlag, München 1971.

⁴ G. Thayer, a. a. O., S. 237.

⁵ U. Albrecht, a. a. O., S. 27.

⁶ H. Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1971.

⁷ U. Albrecht / B. A. Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik, rororo-aktuell 1535, Reinbek bei Hamburg 1972.

⁸ Albrecht / Sommer, a. a. O., S. 93.

⁹ G. Thayer, a. a. O., S. 33.

¹⁰ H. Haftendorn, a. a. O., S. 97.

¹¹ Albrecht / Sommer, a. a. O., S. 107.

Das Interview

Teufelskreise der Entwicklungspolitik

Ein Gespräch mit Prof. Theodor Dams

Vom 13. April bis 16. Mai 1972 findet in Santiago de Chile die Dritte Welthandelskonferenz (UNCTAD III) statt. Über einige fundamentale Probleme, die auf dieser größten gemeinsamen Konferenz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf dem Programm stehen, wie über die grundlegenden entwicklungspolitischen Trends der letzten Jahre, sprachen wir mit Prof. Th. Dams, dem Direktor des Instituts für Entwicklungspolitik der Universität Freiburg.

HK: Herr Professor Dams! An der Entwicklungsfront herrscht am Vorabend der 3. Welthandelskonferenz wenig Optimismus. Selbst die Kräfte der Kontestation scheinen mit dem Abschied von ihren Idolen auch dem Entwicklungsinteresse weitgehend entsagt zu haben. Entwicklungsminister Eppler sprach neulich von einer „Eskalation des Mißbehagens“ in diesem Bereich. Manche Beobachter meinen nicht ohne resignierenden Spott, die Kirchen blieben hierzulande wie anderswo noch die einzigen Stützen von Entwicklungsministerien und anderen Entwicklungsinstitutionen. Wie ist es dazu gekommen?

Dams: Wenige Wochen vor Beginn der UNCTAD-III-Konferenz müssen wir feststellen, daß sich nicht nur die Entwicklungshilfe der meisten Industrieländer in einer ernsten Krise befindet, sondern daß sich auch manche Maßnahmen ihrer Wirtschaftspolitik zum Nachteil der Entwicklungsländer auswirken. Die internationale Währungs-krise hat in jenen Industrieländern, die Zahlungsbilanz-schwierigkeiten haben, zu vorübergehenden restriktiven Maßnahmen im Welthandel geführt. Es kommt hinzu, daß mit dem Abschwung des Wirtschaftswachstums in den westlichen Industrieländern die Nachfrage nach Produkten der Staaten der Dritten Welt nachließ.

Schließlich kann nicht übersehen werden, daß die „geringe Disziplin“ in der Wirtschaftspolitik der hochentwickelten Länder — über die Preissteigerung der Investitionsgüter auf dem Weltmarkt — die Exporterlöse der Entwicklungsländer stärker beanspruchte bzw. die reale Kaufkraft der Entwicklungshilfe schmälerte. Weiterhin muß festgestellt werden, daß sich im Westen eine „Entwicklungshilfemüdigkeit“ durchzusetzen scheint. Das mag auf verschiedene Gründe zurückzuführen sein; sicherlich ist der Tatbestand jedoch mitbestimmend, daß die Sorgen „im eigenen Hause“, die Finanzierung der inneren Reformen, zunehmen. — Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wird sichtbar: Wir sind heute weiter denn je davon entfernt, uns in unserer nationalen Wirtschaftspolitik von dem großen Gedanken einer „Weltinnenpolitik“ führen zu lassen! Wir sollten diese Bilanz ehrlicherweise ziehen, damit die Möglichkeiten konstruktiver Lösungen auf UNCTAD III nicht von Gruppen unserer Gesellschaft überschätzt werden!

HK: In einem Brief des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik an Bundeskanzler Brandt anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises wurde die Situation als äußerst alarmierend bezeichnet. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, erhöhte Anstrengungen in Richtung Entwicklungshilfe auch unter dem Gesichtspunkt der Friedenssicherung zu unternehmen. Sie sind Mitunterzeichner dieses Briefes. War damit eine Kritik an der deutschen Entwicklungspolitik beabsichtigt?

Dams: Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Herrn Bundeskanzler war für die Mitglieder des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik ein Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Abwesenheit von kriegesischen